

Das Ende des Gießkannenprinzips?

Eine Besprechung zu Dieter Hasselbach, Armin Klein, Pius Knüsel, Stephan Opitz: *Der Kulturinfarkt*.

Nur selten hat in den letzten Jahren eine Publikation die Kulturwelt, die Feuilletons und die Blogs so aufgewirbelt wie das Buch *Der Kulturinfarkt. Von Allem zu viel und überall das Gleiche*. Nicht nur der Vorabdruck im *Spiegel*¹, unter dem reißerischen Titel: „Die Hälfte? Warum die Subventionskultur, wie wir sie kennen, ein Ende finden muss“, sondern auch die 4. Seite des Buch-Covers: „zu viel Geld für Kultur schadet nur. Immer mehr Ausgaben für die Kultur! Dabei haben wir schon von allem zu viel und überall das Gleiche“, haben natürlich zur „Polemik über Kulturpolitik, Kulturstaat, Kultursubvention“ eifrig beigetragen!

Weshalb die ganze Aufregung?

Zum Ersten, weil die Autoren relativ anerkannte Protagonisten der deutschen und Schweizer Kulturszene sind.² Zum Zweiten, weil die Autoren, auch wenn sie die vielseitigen Innovationsbestrebungen in der Kulturszene oft ignorieren oder minimisieren und zwar radikale, aber inhaltlich schwache Lösungsvorschläge machen, in ihren Fragestellungen oft nicht so falsch liegen.

Die Thesen der vier Autoren kurz zusammengefasst:

Deutschlands Kulturbetrieb stecke in einer Immobilitätskrise und stehe vor dem Infarkt. Von allem gebe es zu viel und nahezu überall das Gleiche.

Von allem zu viel, weil die kulturpolitische Forderung der siebziger Jahre einer „Kultur für alle“ sowie das nachfolgende Postulat einer „kulturellen Grundversorgung“ zu einer reinen Angebotspolitik geführt

habe. „Dies entsprach einer elitären Vision der Gestaltung des Kollektivs, nicht einer Nachfrage an der Basis“.

Überall das Gleiche, „weil der Vormarsch der geförderten Kultur, der Jurys, Experten und Kulturmanager nicht Innovation produziert, sondern bürokratisch unterlegte Konformität – Übereinstimmung mit Fördermatrizen, Projektformaten und Kriterien“.

Eine radikale Streichung sei überfällig, da die „kulturelle Flutung Deutschlands“ stets vom Angebot und nicht von der Nachfrage her gedacht sei. Durch die Marktunabhängigkeit werde das Publikumsinteresse missachtet und das Publikum „entmündigt“.

Was die Autoren beklagen, ist „der wachsende Einfluss des Staates auf die Kultur“, „die Verantwortungslosigkeit des institutionellen Kulturbetriebs“, der sich systematisch von der Nachfrage abschirme und in der Überzeugung stehen bleibe, dass „einzig geförderte Kunst frei“ sei, sowie das Fehlen von offenen Debatten in der Kulturszene.

Was aber hauptsächlich „die Polemik über Kulturpolitik, Kulturstaat, Kultursubvention“ – so der Untertitel des Buches – hervorgerufen hat, mehr noch als diese Diagnose eines Infarkts des öffentlichen Kulturförderungssystems, festgemacht an den Kriterien der Immobilität, des Erneuerungsstaus und der Innovationsfeindlichkeit sowie der Feststellung, dass „meritorische Kulturförderung“ die Märkte verzerre, ist die Dekonstruktion des Legitimationshaushalts der Kulturpolitik, z. B.:

Raymond Weber

Dieter Hasselbach, Armin Klein, Pius Knüsel, Stephan Opitz : *Der Kulturinfarkt*. Von Allem zu viel und überall das Gleiche, Knaus Verlag 2012, 288 S., 19,99 €.





Kultur für alle? Kinder-Workshop im Mudam (© Mudam Luxembourg)

- der „Kulturstaat“ sei eine „Ersatzveranstaltung“, ein Mythos, ein ideologisches Konstrukt des 18. Jahrhunderts;
- die „Kulturhoheit“³ sei nur eine „Zementierung des Status Quo“ und „eine Verstellung des Blicks auf dringliche Anforderungen der Gegenwart wie der Zukunft“;
- die kulturelle Vielfalt sei kein Ergebnis der öffentlichen Kulturförderung, die eher zur Konformität führe;
- „Kultur für alle“ sei eine Schimäre, ein gescheiterter Versuch der bürgerlichen Klasse, ihr autoritäres kulturelles Erziehungsprogramm umzusetzen. „Kultur (zu) fördern heißt Ausgrenzung (zu) konstruieren“;
- „der demokratische Staat mutet dem Bürger eine Mündigkeit im Urteilen und Gestalten seines Lebens zu, welche Kulturpolitik ihm abspricht. Letztere nimmt ihn an die Leine der kulturellen Erziehung“, lässt seine „Zahlungsbereitschaft verkümmern und erdrosselt mögliches Eigenengagement“;
- der Ausbau der kulturellen Infrastruktur ist für die vier Autoren „die letzte Offensive des vor-demokratischen Modells des Kunstbürgers“, dessen „ästhetisches Projekt“ von Anfang an im Widerspruch zum demokratischen Projekt des „mündigen, selbstbestimmten Bürgers“ stehe. Kultur werde so zum „Medium der sozialen Formierung“ und die Hochkultur fordere von uns eine „Selbstdomestikation“, die mit sozialem Aufstieg honoriert werde.

Die letzten hundert Seiten dieser Streitschrift sind den „Paradigmen einer künftigen Kulturpolitik“ gewidmet, mit Kapiteln zu „der Mensch als Kulturkonsument“, „Ordnungspolitische Sensibilität versus Förderwirrwarr“; „Handlungsbedarf an den Schnittstellen“.⁴

Der radikale Vorschlag der Autoren: die kulturelle Infrastruktur halbieren. Die frei werdenden Mittel würden fünf Zwecken zugute kommen:

- der überlebenden Hälfte der heutigen Infrastruktur, um diese finanziell angemessen auszustatten;
- der Laienkultur, „welche anders als die distinktiven Institutionen der Hochkultur eine sozial integrative und Kultur vermittelnde Funktion wahrnimmt, Identifikation mit der Gesellschaft herstellt und kulturelle Verankerung als Praxis erlebbar macht“;
- der Kulturindustrie, die weit mehr sein soll als Kunstproduktion und Kunsthandwerk, weit mehr auch als Beschäftigung: sie soll „die ästhetischen Erlebnisse als Ware herstellen und vertreiben“;
- den Kunsthochschulen, die an die Wirtschaft anschließen und früh für den Wettbewerb schulen sollen;
- einer gegenwartsbezogenen kulturellen Bildung, die international ausgerichtet sein soll.

Wie schon einleitend gesagt: die Reaktionen auf den „Kulturinfarkt“ waren – und sind noch immer – recht heftig: von klammheimlicher Freude bei den

Der radikale Vorschlag der Autoren: die kulturelle Infrastruktur halbieren.

einen, bis hin zum Kopfschütteln und zur Rage bei den anderen. Es geht zwar die Rede von „Polemik als Stilmittel und Impuls, um eine notwendige Diskussion zu beleben“, aber auch von Affront, purer Provokation, „oberflächliches Bashing“, „Steilvorlage für die Kulturkürzer“, „Dolchstoß ins Herz der kulturpolitisch Aufrechten“ oder „eine krude Mischung aus Kulturpessimismus, herber Polemik und überheblichem Abschaffungswahn“.

Ich möchte drei Stellungnahmen hervorheben:

- Monika Grütters, Vorsitzende des Bundestagsausschusses für Kultur und Medien, lehnt den marktorientierten Kulturbegriff entschieden ab und plädiert für „Non-Konformismus im besten Sinne, spröde, widerständige Kulturleistungen“. Für sie gilt es „den Künstler durch staatliche Gelder unabhängig [zu] machen von Zeitgeist und Geldgebern“ und die Gesellschaft vor „totalitären Anwendungen“ zu schützen;
- Der „Appell zur Verteidigung der Kultur“, von der Akademie der Künste⁵, die „protestiert gegen diesen mit klarer Absicht inszenierten Tabubruch, die Grundlagen einer öffentlichen Kulturförderung zu zerstören. Die Fragen nach notwendigen Strukturveränderungen für eine zukunftsorientierte Kulturpolitik bedürfen einer ernsthaften und verantwortungsbewussten Debatte, die auf breiter Front schon längst im Gange ist. Auf eine alternativlose Kahlschlagdiskussion werden wir uns nicht einlassen. Sie würde unsere Kulturnation nachhaltig schädigen“;
- Olaf Zimmermann, Geschäftsführer des Deutschen Kulturrates, sagt: „Schade ist ebenfalls, dass die eigentlichen Diskurse, die in der Kulturpolitik gegenwärtig geführt werden, kaum angesprochen werden. Fragen danach, wie nämlich mit der Herausforderung der Digitalisierung umgegangen werden soll und wie in einer älter werdenden Gesellschaft mit einer schrumpfenden Bevölkerung und einem prozentual höheren Bevölkerungsanteil von Menschen mit einer Zuwanderungsgeschichte die kulturelle Infrastruktur aussehen muss. Platte Polemiken [...] helfen bei diesen teils existentiellen Debatten aber nicht weiter“.

Was kann man aus dieser Polemik, vielleicht auch mit Blick auf die Luxemburger Kulturszene, schlussfolgern?

- wie die Kulturpolitische Gesellschaft unterstreicht⁶, hat der „Infarktimpuls“ zu einer neuen Aufmerksamkeit für kulturpolitisches Denken

und Handeln geführt. Dies soll man jetzt nutzen, um einen kompetenten Diskurs über eine kluge Revision der kulturellen Infrastruktur zu entwickeln. Auch sollte man die Gelegenheit nutzen, mehr über Inhalte der Kulturpolitik zu sprechen sowie über Kulturvermittlung, Kulturbewahrung und Kulturausübung. Diese Diskussionen dürfen aber nicht nur zwischen Besitzstandswahrern und Interessenvertretern der aktuellen Kulturpolitik und kulturpolitisch Engagierten geführt werden, sondern müssen offen und von breiteren Bevölkerungsgruppen getragen werden;

- nach fünf oder sechs Jahrzehnten ununterbrochenem Wachstums ist es an der Zeit den Kulturbetrieb ökonomischen, sozialen und politischen Kriterien zu unterwerfen – in dem Sinne wie das bei der Sozial-, Gesundheits- oder Bildungspolitik geschieht. Auch müssen wir ein Bewusstsein dafür bekommen, dass Kulturpolitik auch Politik ist. Sie kann nicht nur „additiv“ sein: auch in der Kultur gibt es Interessen, die begründet werden müssen, die eventuell einander ausschließen und zwischen denen die Politik entscheiden muss. Die Gießkanne als Förderprinzip kann nicht weiter die harte kulturpolitische Diskussion ausschließen, ob eine Förderungsentscheidung sinnvoll oder unsinnig ist oder ob eine neue Infrastruktur wirklich einer kulturellen oder soziokulturellen Nachfrage entspricht;
- Kunst, Kultur und Kulturpolitik müssen ihren Wert an sich behalten, sich aber auch mit ihren wirtschaftlichen, sozialen und nachhaltigen Dimensionen artikulieren. Nicht zu Unrecht behaupten die vier Autoren, dass heute „marktwirtschaftlich nur argumentiert wird, um staatliche Subventionen als Investitionen semantisch umzupolen und kulturkeynesianisch zu behaupten“. Schlussendlich ist eine solche Argumentation einseitig und unvollständig;
- meiner Ansicht nach zu Unrecht behaupten die Autoren, dass es sinnvoll sei, „um eine sozialpolitisch motivierte Umverteilung und eine demokratische Teilhabe zu gewährleisten („Kultur für alle“), sich von einer Objekt- auf eine Subjektförderung umzustellen, um alle jene die man als bedürftig identifiziert, mit zusätzlichem Geld oder Kulturgutscheinen auszustatten, die ihnen erlauben würden sich frei zu entscheiden“. „Kulturbetreuungsgeld“, anstatt Demokratisierung der Infrastrukturen? Dies scheint mir doch ein wenig kurz gegriffen. Nur eine auf Kulturrechte aufbauende Kulturpolitik, die sich nicht den Marktinteressen verschließt, aber sich auch nicht in eine Abhängigkeit von den Kultur- und Kreativindustrien

**Die Gießkanne
als Förderprinzip
kann nicht
weiter die harte
kulturpolitische
Diskussion
ausschließen [...]**

begibt, kann eine kulturelle „citizenship“ und „governance“ fördern;

- was könnten wir in Luxemburg aus dieser Diskussion lernen? Droht auch hier in Luxemburg der „Kulturinfarkt“?

Müssten wir nicht endlich eine auf die Zukunft und auf Nachhaltigkeit ausgerichtete Kulturpolitik, oder wenigstens einen kohärenten Kulturentwicklungsplan formulieren, mit klaren Zielen und Indikatoren um die Umsetzung nicht nur quantitativ evaluieren zu können?

Müsste nicht unser Subventionsapparat dringend kritisch überprüft und umstrukturiert werden?

Welche kulturelle Infrastruktur, die den kulturpolitischen Herausforderungen (wie kulturelle Vielfalt, Jugend- und Seniorenkultur, Informations- und Kommunikationstechnologien) sowie den regionalen und finanzpolitischen Anforderungen entsprechen würde, brauchen wir in den nächsten Jahren?

Welche Rolle könnte einer in der Gesamtwirtschaft verankerten Kultur- und Kreativwirtschaft zukommen? Wie kann man systematisch Kreation und Kreativität, Innovation und Kunstrisiko fördern, ohne in „subventionsgeschützte Selbstreferenz“ zu verfallen?

Diese (und andere) Fragen müssten nicht nur im Kulturministerium, nicht nur unter den „kultur-betroffenen“ Institutionen und Kulturmanagern, sondern in einem offenen Dialog zwischen Kulturministerium, den Gemeinden, dem Parlament, der Privatwirtschaft und der Zivilgesellschaft geführt werden. ◆

1 *Der Spiegel*, Nr. 11/2012, S. 136-141.

2 Dieter Hasselbach ist Leiter des Zentrums für Kulturforschung in Bonn; Armin Klein ist Professor für Kulturmanagement in Ludwigsburg und Autor mehrerer Referenzbücher zur Kulturpolitik und zum Kulturmanagement; Pius Knüsel ist seit zehn Jahren Direktor der international anerkannten Schweizer Kulturstiftung Pro Helvetia; Stephan Opitz ist Leiter des Referats für kulturelle Grundsatzfragen im Ministerium für Bildung und Kultur des Landes Schleswig-Holstein.

3 Die Enquête-Kommission des deutschen Bundestags zur „Kultur in Deutschland“ (2005-2007) hatte den Vorschlag gemacht, das Staatsziel „Kultur“ im Grundgesetz festzuschreiben.

4 Diese Schnittstellen sind die Künste, Design und *Games*, die Kulturwirtschaft, der öffentlich-rechtliche Rundfunk, die Soziokultur, der Denkmalschutz, die ästhetische Bildung und die Digitalisierung.

5 Dieser Appell wurde initiiert von Günther Grass, Wolfgang Rihm, Klaus Staack, Margarethe von Trotta und Wim Wenders.

6 Siehe *Kulturpolitische Mitteilungen*, Nr. 136 (1/2012), S. 20.

forum

Für Politik, Gesellschaft und Kultur

Gegründet: 1976
Herausgeber: forum ASBL
Durchschnittliche Auflage: 1 900 Exemplare
11 Ausgaben im Jahr
ISSN 1680-2322

Ständige Mitarbeiter

Jean-Paul Barthel, Lynn Herr, Albert Kalmes, Thomas Köhl, Serge Kollwelter, Michel Pauly, Christina Schürr, Jürgen Stoldt, Viviane Thill, Jean-Marie Wagner

Koordination

Laurent Schmit, Bernard Thomas

Autoren dieser Ausgabe

Natascha Bisbis, Luc Caregari, Jacques Drescher, Kyra Fischbach, Johannes Großmann, Mario Hirsch, José Kirps, Lucien Lux, Claudine Muno, Nathalie Oberweis, Pia Opperl, Françoise Poos, Carole Reckinger, Gilles Regener, Laurent Schmit, Lea Scholl, Corinne Schroeder, Jürgen Stoldt, Egide Thein, Bernard Thomas, Raymond Weber, Nicholas Williams

Interviewpartner dieser Ausgabe

Robert Biever, Jeannot Krecké

Originalillustrationen

Carlo Schmitz

Cover

forum (Montage Jasper Johns)

Druck

c.a.press, Esch/Alzette

Namentlich gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.
Nachdruck und elektronische Verbreitung von *forum*-Beiträgen nur mit ausdrücklicher Genehmigung.

© 2012 by forum ASBL

Bezugspreise

| | |
|--|---------|
| Einzelheft | 6 Euro |
| Jahresabonnement | 50 Euro |
| Jahresabonnement im Umschlag..... | 62 Euro |
| Studenten, Arbeitslose und Geschenkabonnements | 38 Euro |
| Jahresabonnement im Ausland | 62 Euro |

Überweisungen auf das *forum*-Postscheckkonto

IBAN LU83 1111 0611 5444 0000
mit dem Vermerk „Neuabo ab (Monat)“
und vollständiger Adresse.

Wir danken der *forum*-Fördergemeinschaft und dem Kulturministerium für die finanzielle Unterstützung.

1, rue Mohrfels
L-2158 Luxembourg
Tel.: 42 44 88
E-Mail: forum@pt.lu

Bürozeiten: Montag bis Freitag, 9-12 und 14-18 Uhr

www.forum.lu